

14.31

**Bundesrat Gregor Hammerl** (ÖVP, Steiermark): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister Stöger! Zuerst, Herr Bundesminister, möchte ich gratulieren, dass Sie diese Periode und die nächste Periode durchziehen. Sie sind ein guter Sozialminister, Sie haben Stil und sind konsequent – und Sie haben es nicht leicht. Gratuliere! (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Bundesräten der ÖVP.*) Ja, das muss man sagen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Öffnung des Arbeitsmarktes der EU ist eine Errungenschaft, die wir nicht antasten sollten. Sie hat viele Vorteile und viele Chancen gebracht. Die Globalisierung des Wirtschaftlichen muss aber auch durch eine Globalisierung des Sozialen begleitet werden, damit nicht aus der Unterbietung von Sozialleistungen und Umweltstandards ungerechtfertigte und schadenstiftende Vorteile gezogen werden.

Diese Annäherung des Sozialen ist auch im Rahmen der EU in vielen Punkten noch nicht erreicht, meine Damen und Herren, sodass gerade in Grenzregionen aus dieser Ungleichheit Vorteile gezogen werden können und für andere wieder große Nachteile auf dem Markt entstehen. Aus dieser Situation darf nicht etwa ein Lizitieren in Bezug auf soziale Sicherung und Lohnhöhe entstehen, sondern es gilt, das soziale Niveau zum Vorteil aller Österreicherinnen und Österreicher auszugleichen. Dies war auch die Absicht des im Jahre 2011 erlassenen Gesetzes zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping.

Dieses Gesetz wird nun im Bereich der Haftungen und des Strafausmaßes novelliert. Dazu wird ein Kontrollplan erarbeitet. Ein schärferer Wettbewerb auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch zulasten der Klein- und Mittelbetriebe – besonders in exponierten Grenzgebieten, wie sie etwa meine Heimat in der Steiermark oder das Burgenland darstellen – darf nicht durch starke Unterschiede in der Lohnhöhe aufgrund geringer Sozialleistungen oder durch Übertretung von Arbeitnehmerrechten verzerrt werden. Ob das nicht doch geschieht, muss man sich gerade in unseren Breiten fragen, wenn man sich nur ein wenig auf Baustellen umschaut.

Meine Damen und Herren, da gibt es offensichtlich eine Schiefelage, die im Interesse aller bekämpft werden muss. Ich möchte dazu vier Punkte aufzählen, in wessen Interesse das ist – Punkt 1: im Interesse der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in ihren Rechten nicht immer geschützt werden; Punkt 2: im Interesse der einheimischen Arbeitskräfte, die es angesichts der herrschenden

Arbeitslosigkeit noch schwerer haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen; Punkt 3: im Interesse der einheimischen Betriebe, die aufgrund der Wettbewerbsnachteile um ihre Existenz kämpfen; und Punkt 4, Herr Minister: im Interesse des Staates, dem durch erhöhte Arbeitslosigkeit Sozialausgaben entstehen und auf der anderen Seite Sozialabgaben entgehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich – und das wird oft zu wenig bedacht – sind auch die Auftraggeber gefordert, darauf zu achten, ob ein billiges Angebot nicht durch Sozial- und Lohndumping zustande kommt. So ist im Gesetz auch Gott sei Dank eine Auftraggeberhaftung für den Baubereich zur Absicherung der Lohnansprüche von grenzüberschreitend entsandten oder überlassenen Arbeitnehmern verankert. Diese Haftung erfasst auch private und öffentliche Auftraggeber und nicht nur Unternehmen in Österreich. Auch der Auftraggeber trägt Verantwortung für die Einhaltung sozialer Vorgaben, soweit er diese beeinflussen kann. Bei sehr niedrigen Preisen fragt man ja immer: Wie sind diese Preise zustande gekommen?

Der Ruf nach Konsumentenethik in der heutigen Zeit geht also in diese Richtung und wird in der Öffentlichkeit diskutiert. Man muss sich aber davor hüten, alles dem Auftraggeber und Konsumenten anzulasten, sondern es bedarf unbedingt auch einer entsprechenden öffentlichen Kontrolle, meine Damen und Herren. Grundlegend ist aber auch dabei eine solidarische Haltung, die auf die Stützung des Sozialen abzielt.

Noch ein Wort möchte ich zur im Parlament zum Teil heftig diskutierten Frage der Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften, die es ja schon seit dem Jahr 2011 gibt, verlieren. Ein Gesetz, meine Damen und Herren, bedarf, um wirklich wirksam werden zu können, der Kontrolle. Es muss exekutiert werden, und dazu bedarf es auch gut ausgebildeten Personals. Darauf, Herr Minister, müssen wir schauen.

Natürlich gibt es auch bei der Kontrolle der Einhaltung der Gesetze immer Einseitigkeiten, was mit den Schwerpunkten der Kontrolle und der vorhandenen Einsatzkräfte, aber auch mit den Schwierigkeiten bei der Überprüfung zu tun hat.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, dass wir verstärkt auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit setzen sollen. Das ist auch deswegen notwendig, um einen überforderten und überbordenden Bürokratismus zu bekämpfen, der dann gerade die gegenteilige Wirkung als die erhoffte zeigt. Nicht immer bekommen die, die es nötig haben, die beste Unterstützung, sondern die, die sich am besten auskennen – das war auch bisher so –, und leider manchmal auch die, die es sich richten können. Hier bedarf es, Herr Minister, einer fairen Vorgangsweise, damit das Ziel erreicht werden kann und Unmut auch in Österreich abgewehrt wird.

Gerade heute angesichts einer verbreiteten EU-kritischen Haltung ist es wichtig, dass die großen und auch die sozialen Errungenschaften, die die EU gebracht hat, nicht über eine problematische Durchführung von Gesetzen vergessen werden. Natürlich ist es auch so, meine Damen und Herren, dass wir uns nicht nur die Rosinen herauspicken können. Wir brauchen in Österreich umfassende Solidarität mit der Bereitschaft, auch die Konsequenzen zu tragen, wenn es etwas kostet. Es ist aber auch wichtig, die Basis dieser Solidarität nicht durch einseitige Benachteiligung zerbröckeln zu lassen.

Meine Damen und Herren, das ist ein gutes Gesetz für Österreich. Herr Minister, ich gratuliere. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

Ich möchte noch auf den Entschließungsantrag eingehen: Wir lehnen diesen Entschließungsantrag ab. Wenn wir da zustimmen müssten, meine Damen und Herren, würde es ein bisschen dahin gehen, dass es auch in Europa ein bisschen eng wird und dass Europa zugesperrt wird. – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

14.38

**Präsident Josef Saller:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Pfister. – Bitte.